



Infobrief III – 2017

Mennonitisches Friedenszentrum Berlin



**"Zu wissen, dass wir zählen, mit unserem
Leben, mit unserem Lieben gegen die Kälte –
Für mich, für Dich, für unsere Welt."
Ruth Cohn**

Liebe Leser, liebe Leserinnen,

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu, Weihnachten kommt wie immer ganz plötzlich, da bleibt oft wenig Raum für Besinnung. Meine ganz persönliche Zeit der Besinnung beginnt mit dem noch verschlafenen Gang zum Adventskalender nach dem Aufstehen am frühen, noch dunklen Morgen. Die Süßigkeit wird begrüßt, das neue Wort-Puzzleteil zum Erraten des Weihnachtsgeschenks bringt mich in der zweiten Woche noch nicht entscheidend weiter, steigert aber die Vorfreude. Der Adventskranz (siehe Foto auf der Titelseite) wird angezündet – oft sind es nur wenige Minuten, ich lese den Text aus dem Kalender „Der andere Advent“ vor. Dann erzählen wir einander vom geplanten Tagwerk. Ich liebe diese Tagesanfänge – und dann wünschte ich mir, es sei jeden Morgen im Jahr Adventszeit ... Solche kurzen, aber intensiven Adventsmomente wünsche ich allen von Herzen!

In diesem Sinne verbleibe ich
mit herzlichen Grüßen



Inhalt

Kooperationsreise nach Lesbos	3
Friedensverantwortung der Religionen	4
Simbabwe	5
 Gemeinsame Herbsttagung 2017	 8
 Friedenswort der Evangelisch- methodistischen Kirche	 14
 Übrigens...	 15

Mennonitisches Friedenszentrum
Berlin (MFB)

Postanschrift: M. Basso, Rixdorfer
Straße 16, 12487 Berlin

Tel.: 0049 – (0)30 – 30365929

Mobil: 0049 – (0)172 2017939

Email:
menno.friedenszentrum@email.de

www.menno-friedenszentrum.de

Fotos: Martina Basso u.a.

Layout:
Martina Basso

V.i.S.d.P.: Martina Basso

Kooperationsreise nach Lesbos

Gemeinsames Projekt von vier mennonitischen Organisationen

Im Sommer 2018 werden das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee (DMFK), das Süddeutsche Jugendwerk (JUWE), das Mennonitische Friedenszentrum Berlin (MFB) und die Mennonitische Jugend Norddeutschland (MJN) ein gemeinsames Projekt durchführen – eine Aktivfreizeit für Menschen ab 18. Die Freizeit für junge Erwachsene findet vom 10. – 20. Juli 2018 auf der griechischen Insel Lesbos statt. Tausende Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Hunger und Armut versuchen über die Meerenge zwischen der Türkei und Lesbos das europäische Festland zu erreichen. Das Eine sind die Berichte in den Medien – etwas Anderes ist es, die Situation persönlich zu erkunden. Wie sieht es dort wirklich aus? Was machen die HelferInnen, die aus den unterschiedlichen Ländern anreisen? Diese und weitere Fragen sollen gestellt und möglichst beantwortet werden. Es wird ein Einblick in die Arbeit des Christian Peacemaker Teams (CPT) vor Ort gewährt, die Teilnehmenden dürfen den Teammitgliedern über die Schulter schauen und miterleben, wie versucht wird, die Situation der Geflüchteten erträglicher zu gestalten. Das Erlebte und Erfahrene wird innerhalb der Gruppe besprochen und bearbeitet – dabei helfen sicher die Faktoren Sommer, Sonne und Strand, die gebührend Berücksichtigung im Programm finden sollen.



Termin

10. Juli - 20. Juli 2018

Freizeitort

Mytilini/Griechenland

Zielgruppe

geplant für maximal 16 Personen ab 18 Jahren

Mitarbeitende

Martina Basso, Jakob Fehr, Aaron Kaufmann und Sarah Sutter

Kosten

400,00 EUR, bei Anmeldung nach dem 1. März 430,00 EUR (Flugkosten sind nicht enthalten)

Anreise

Eigene Anreise: Jede/r bucht den eigenen Flug nach Mytilini (Tipp: Wenn man früh bucht, wird es viel günstiger!)

Kontakt: menno.friedenszentrum@email.de

Friedensverantwortung der Religionen

Myanmar im Fokus

„Religionen können und sollen auch Verantwortung übernehmen. Dies ist ein Plädoyer dafür, die Kraft, das Wissen, die Widerstandsfähigkeit, die Langfristigkeit von Religionen nutzbar zu machen für ganz konkrete Friedensarbeit“ – so der (zur Zeit geschäftsführende) Bundesaußenminister Sigmar Gabriel während der Auftaktveranstaltung des Projekts des Auswärtigen Amts (AA) „Friedensverantwortung der Religionen“ im Mai dieses Jahres in Berlin. Aus friedenskirchlicher Sicht bestünde die kirchliche Aufgabe darin, die Regierung kritisch zu begleiten bei ihren politischen Friedensbemühungen.... Wie auch immer: Das Projekt des AA geht weiter - am 1. Dezember wurde zu einem Vortrag von Susan Hayward, Referentin für Religion und Gesellschaft am U.S. Institute for Peace (USIP) geladen. Der Titel lautete „Religion, Frieden und Gewalt in Süd- und Südostasien“. Die Veranstaltung wurde durch den Beauftragten für strategische Kommunikation im AA, Andreas Kindl, eröffnet. Exkurs: Nicht nur ich habe mich wahrscheinlich gefragt, was bitte denn ein „Beauftragter für strategische Kommunikation“ sei. Bei Recherchen bin ich auf folgendes gestoßen: Herr Kindl war bis zur Schließung der Deutschen Botschaft 2015 im Jemen der dortige Botschafter. Vermutlich um nicht in einer „Beamten-Warteschleife“ stecken zu bleiben, wurde diese Beauftragung ausgesprochen. Hinter der „strategischen Kommunikation“ verbirgt sich u.a. eine neue Internetseite des AA, die Menschen, die beabsichtigen nach Deutschland zu fliehen, über die Realität im Lande aufzuklären – unter www.rumoursaboutgermany.info nachzulesen. Zurück zu Frau Hayward: Seit 2007 am USIP, hat sie sich in ihren Feldstudien auf Sri Lanka, Myanmar, Kolumbien und Irak fokussiert. Ihre Forschungsinteressen implizieren die Themen interreligiöses Engagement in politischen Gewaltsituationen, politischer Buddhismus und die Rolle von Religionen bei der Behinderung oder Beförderung der Arbeit von Frauen für Frieden und Gerechtigkeit. Sie studierte Buddhismus in Nepal und ist ordinierte Pastorin der United Church of Christ (UCC). Frau Hayward sprach in ihrem Vortrag von den aktuellen Herausforderungen und Möglichkeiten religiöser Friedensbildung – vornehmlich in Sri Lanka und Myanmar. Neue Formen buddhistisch-muslimischer Konflikte sind in den letzten Jahren entstanden, denen unterschiedliche lokale und internationale Bemühungen diese zu transformieren, gegenüberstehen. Wie so häufig, sind Wurzeln der Konflikte auch in der Kolonialzeit der beiden Länder zu suchen und zu finden – beide Länder, damals noch unter den Bezeichnungen „Ceylon“ und „Burma“ bekannt, standen unter britischer Herrschaft. Wurde damals eine Trennung zwischen Staat und Religion vollzogen, versuchten die Regierungen nach der Wiedererlangung der Souveränität eine Anknüpfung an die Zeit vor dem Kolonialismus – im Falle Myanmars entstand eine Form der „buddhistischen Demokratie“: Der erste Premierminister U Nu und der Befreiungskämpfer Aung San versuchten traditionelle buddhistische Auffassungen eines gerechten Königreiches und demokratische Entwürfe miteinander in Einklang zu bringen. Diese Versuche sollten das so neu entstandene politische System religiös legitimieren. Diese



Susan Hayward

Legitimation geriet in Konflikt mit nicht-buddhistischen Minderheiten des Landes – als aktuelles Beispiel gilt die Vertreibung der Rohingya, eine Ethnie mit muslimischem Hintergrund. Mehr als 620.000 Menschen flüchteten in den vergangenen Monaten in das Nachbarland Bangladesh. Für die Regierung Myanmars sind die Rohingyas keine eigene ethnische Gruppe innerhalb Myanmars, sondern sie betrachten sie als „illegale Einwanderer aus Bangladesh“. Frau Hayward bezeichnete es als „diplomatisch klug“, dass Papst Franziskus bei seiner Reise nach Myanmar zwar über die Einhaltung von Menschenrechten gesprochen, nicht jedoch das Wort „Rohingya“ explizit ausgesprochen habe – zumindest nicht in Myanmar selbst. Anderes Handeln hätte nach ihrer Auffassung sämtliche Türen der Diplomatie zugeschlagen. Eine wichtige Rolle bei den lokalen interreligiösen Friedensbemühungen spielten laut Hayward Nichtregierungsorganisationen (Anmerkung: Das Mennonite Central Committee ist seit Jahren in Myanmar tätig). Diese Rolle berge allerdings auch die Auswirkungen des berühmten zweischneidigen Schwerts: Einerseits können sie lokal Entscheidendes bei der interreligiösen Verständigung bewirken, andererseits versucht die Regierung diese NGOs permanent mit der Begründung der versuchten Einflussnahme ausländischer – westlicher – Kräfte auf innerpolitische Angelegenheiten abzuwehren und zu blockieren. Von daher sei es unabdingbar, die Menschen vor Ort zu schulen und auszubilden, sodass sie die Friedensprozesse selbst in die Hand nehmen könnten.



Simbabwe

„Gerechter Friede im südlichen Afrika“ – die Kommission der GKKE

In dem Moment, in dem diese Zeilen entstanden sind, wird die Reise, die für den Februar 2018 geplant war abgesagt bzw. verschoben. Welche Reise? Wohin? Warum? Die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) hat im Frühjahr 2016 eine Kommission berufen zum Thema „Gerechter Friede in Afrika“. Zwei Länder sollen beispielhaft bearbeitet und beleuchtet werden, eins davon ist Simbabwe. Im Februar sollten Kommissionsmitglieder gemeinsam mit Bundestagsabgeordneten aus den thematisch verwandten Ausschüssen, dem EKD- Beauftragten am Sitz der Bundesregierung, Prälat Martin Dutzmann und ein Mitglied der deutschen Bischofskonferenz u.a. Abgeordnete des simbabwischen Parlaments und Projektpartner in Simbabwe treffen. Sollte jemand jetzt auf die Idee kommen, diese Reise sei wegen der dortigen aktuellen politischen Situation geplatzt – weit gefehlt! Sondern? Wo keine Bundesregierung, da keine Besetzung der Ausschüsse – m.a.W.: Die aktuelle politische Situation in Deutschland beeinflusst unmittelbar die Jahresplanung einiger Menschen und Institutionen, darunter das MFB. Am 15. Januar soll erneut eruiert werden, ob es möglich ist, einen neuen Termin für April, Mai oder Juni 2018 festzumachen...

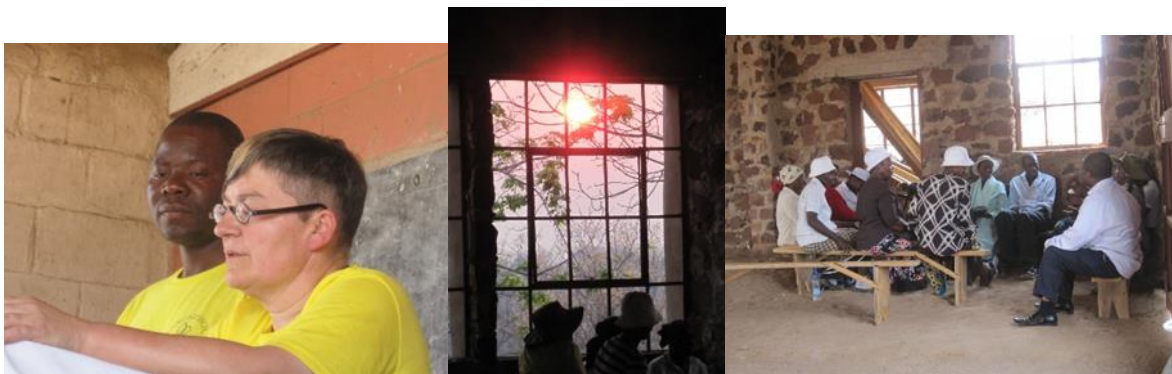
Was ist zur Entwicklung in Simbabwe zu sagen – und vor allem: Beeinflusst diese ebenfalls irgendwelche Reisepläne?

Nach dem Eingreifen der Militärs, die Wert darauf legten, dass dies KEIN Putsch war (...), wurde Robert Mugabe dazu gedrängt, als Präsident zurückzutreten. Als dies erfolgt war, kehrte der von Mugabe abgesetzte Vizepräsident Emmerson Mnangagwa aus dem kurzen Exil (16 Tage) zurück und wurde recht flott als neuer Präsident Land gingen jubelnd auf die Straßen in hofften inständig, dass es endlich die Guten gebe. Doch Mnangagwa war Völkermords („Gukuharundi“) an über simbabwischen Provinz Matabeleland. Wende einläuten? Nachdem er Vereidigung unterschiedliche Posten Gefolgsleuten neu besetzte, schwinden die Hoffnungen. Andererseits hat er nur 14 Tage nach Amtsantritt damit begonnen, zu Unrecht des Landes beraubten Farmern ihre Ländereien wiederzugeben. Nun bleibt zu hoffen, dass es in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zu fairen und transparenten Wahlen kommen wird... Anfang Januar wird der Geschäftsführer der GKKE, Tim Kuschnerus, nach Simbabwe reisen, um zusammen mit dem Generalsekretär des Zimbabwe Council of Churches (ZBC), Kenneth Mtata, die nur verschobene, aber nicht aufgehobene Reise zu beraten und zu planen. Der ZBC hat übrigens unmittelbar nach dem „Nicht-Putsch“ eine m.E. mutige Erklärung zur Lage des Landes aus der Sicht der Kirchen veröffentlicht (u.a. zu finden auf der Facebook-Seite des MFB).



Emmerson Mnangagwa

Gelebter Frieden in mennonitischen Gemeinden – eine Begegnungsreise nach Simbabwe



Im neunten Jahr der Partnerschaft zwischen dem Mennonitischen Friedenszentrum Berlin (MFB) und der Brethren in Christ Church (BIC) in Simbabwe ist es an der Zeit, mit einer Gruppe interessierter Menschen ab 25 Jahren (Gruppenstärke beschränkt auf 8 Personen) diese Partnerschaft auf eine breitere Ebene zu stellen: In mehreren Workshops an unterschiedlichen Orten in Matabeleland, einer Provinz Simbabwes, soll gemeinsam reflektiert werden, wie wir Frieden leben und wie die Menschen vor Ort das tun – wie beide Seiten Theorie und Praxis zusammenbringen können. Frieden,

Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung gehören untrennbar zusammen – was das in unseren unterschiedlichen Kontexten bedeutet, das soll gemeinsam diskutiert werden. Die Inhalte der Workshops werden ebenfalls gemeinsam von der Friedenskommission der BIC und dem MFB vorbereitet.

Wer ist bereit

- sich dieser Herausforderung zu stellen und die Erfahrungen vor Ort wiederum mit Gemeinden und interessierten Gruppen in Deutschland zu teilen?
- sich auf ein Land im Umbruch einzulassen?
- während der Zeit in einfachen Verhältnissen zu leben?
- an einem Vor- und einem Nachbereitungswochenende teilzunehmen?

Zeit: 9. September – 24. September 2018

Kosten p.P.: 2000,- Euro (inklusive Flug)

Vorbereitungswochenende: 22. – 24. Juni 2018 in Berlin (60,00 Euro inkl. Übernachtung im Berliner Menno-Heim, exklusive Reisekosten)

Nachbereitungswochenende: 9. – 11. November 2018 in Berlin (60,00 Euro inkl. Übernachtung im Menno-Heim, exklusive Reisekosten)

Anmeldung: Ab sofort unter menno.friedenszentrum@email.de oder MFB, c/o Martina Basso, Rixdorfer Straße 16, 12487 Berlin – es gilt das Eingangsdatum.

ACHTUNG: Es besteht die Möglichkeit, dass durch die aktuelle politische Situation in Simbabwe der Zeitpunkt der Reise verschoben oder gar abgesagt werden muss – das gilt im Reiserecht als „höhere Gewalt“, Flugkosten können nicht erstattet werden.



Gemeinsame Herbsttagung 2017

Aus der Pressemeldung des APD vom 27. November 2017

Mit dem Thema „Traglast überschritten? – Populismus, Demokratie und ‚Volkes Wille‘“ befasste sich die gemeinsame Herbsttagung des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitees (DMFK) und des Mennonitischen Friedenszentrums Berlin (MFB) vom 24. bis 26. November in Berlin - Lichterfelde. Der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Roland Löffler (Dresden), erläuterte dabei Begriffe wie Populismus, Extremismus und religiöser Fundamentalismus.

Den „roten Faden“ im Miteinander finden

Die Frage „Wieviel Populismus verträgt eine Demokratie und auch ein Land?“ wurde während der Tagung diskutiert. „Einer trage des andern Last“, so ein Bibelwort im Galaterbrief des Apostel Paulus. Aber was ist, wenn populistische Hasstiraden nicht mehr zu ertragen sind? Wenn die Zerrissenheit innerhalb der Gesellschaft einen Meinungs Austausch fast unmöglich erscheinen lässt? Wenn eine Gesprächs- und Diskussionskultur, die eine offene Gesellschaft ausmacht und trägt, an gegenseitiger Ablehnung und Sprachlosigkeit zu scheitern droht? Nach dem Verständnis der Mennoniten ist Friedensarbeit der „rote Faden im Miteinander“ um eine „Kultur des Friedens“ aufzubauen. Deshalb gelte es, Wege aus der Polarisierung zu finden um zu einer friedfertigen Gemeinschaft zu gelangen. Doch wie soll das geschehen?

Populismus, Extremismus, religiöser Fundamentalismus

In seinem Vortrag „Populismus – Extremismus – religiöser Fundamentalismus and all that...“ versuchte der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Roland Löffler, Begriffe zu klären. Wobei er den Populismus als ein Phänomen darstellte, das nicht so einfach greifbar sei. Nicht jeder, der die Mächtigen kritisiert, sei ein Populist, denn es gebe oft gute Gründe auf Mängel hinzuweisen. Populist sei dagegen, wer den Anspruch erhebe, nur er vertrete das wahre Volk. Das habe zur Folge, dass Bürger, die dem populistischen Führer die Unterstützung verweigern, gar nicht wirklich zum Volk gehörten. Populisten hätten auch keine grundsätzlichen Einwände gegen die repräsentative Demokratie. Das Problem wäre aus ihrer Sicht lediglich, dass die falschen Repräsentanten an der Macht seien. Das wahre

schweigende
sprechen könnte,
die Macht
sei, ob Populismus
demokratische
einem
vernachlässigte
gelte eine
etablieren, in der



Dr. Roland Löffler

Probleme in einer

Volk sei die sogenannte
Mehrheit, die, wenn sie
die Populisten sofort an
befördern würde. Strittig
per se eine Gefahr für
Systeme darstelle oder,
Seismografen gleich, auf
Probleme hinweise. Es
Debattenkultur zu
alle
Herausforderungen und
Gesellschaft zwar

benannt werden könnten, dies aber unaufgeregt und differenziert statt diffamierend und verkürzt. Dabei müsse die Würde des Andersdenkenden gewahrt bleiben.

Der politische Extremismus lehne den demokratischen Verfassungsstaat ab und wolle ihn beseitigen. Alle Varianten des Extremismus verneinten daher die Pluralität der Interessen, Mehrparteiensysteme und das Recht auf Opposition. Wer meint, den „wahren Glauben“ zu haben oder sich von der Welt abkehre, müsse deshalb noch kein religiöser Fundamentalist sein. Anders sei es dagegen, wenn eine Gruppe die eigene Überzeugung so absolut setzt, dass sie diese auch anderen aufzwingen möchte, etwa mit Hilfe des Staates. Besser wäre es dagegen, wie ein Sprichwort sage, „in den Stiefeln des Anderen zu laufen“. Wer versucht, den Anderen in seiner Andersartigkeit, trotz eigener fester Überzeugung, zu verstehen, könne ihn achten und mit ihm in Frieden leben.

Planspiel Kirchengemeinderat

Ein von Tagungsleiterin Pastorin Martina Basso durchgeführtes Planspiel machte an einem fiktiven Fall deutlich, wie schwierig der praktische Umgang mit der Thematik sein kann. Die

Aufgabenstellung: Zu einer Kirchengemeinderatswahl haben sich auch Kandidaten beworben, die durch populistische und teilweise fremdenfeindliche Äußerungen bekannt wurden. Sie finden mit ihren Ansichten Rückhalt bei einem Teil der Gemeinde. Wie sollen die Verantwortlichen in der Kirchengemeinde darauf reagieren? Welche Auswirkungen hat deren Reaktion auf die Mitglieder der Gemeinde, deren Umfeld und die Öffentlichkeit? (Holger Teubert)

© Nachrichtenagentur APD Ostfildern (Deutschland) und Basel (Schweiz)

APD® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes

Die „Memorial-Tour“

Der gemeinsame Besuch unterschiedlicher Mahnmale in Berlin wurde durch den starken Dauerregen während der Tagung verhindert. Die Tour wurde allerdings dennoch durchgeführt: Im Menno-Heim mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation, der für die einzelnen Stationen vorgesehenen Texte – und mit der Fantasie der Teilnehmenden, die sich „virtuell“ durch die Straßen Berlins führen ließen...

Einleitung

Die herkömmliche nationale Gedenkstätte zeigt sehr oft militärische Stärke, die verherrlicht und zum Vorbild erhoben wird: Denkmale und Flammen für bekannte und unbekannte Soldaten. Von höchsten Säulen schauen siegreiche Feldherren herab wie Nelson auf dem Trafalgar Square, und die Jahrestage des Sieges über andere Völker sind Nationalfeiertage. Diese Art nationaler Selbstdarstellung aber ist für uns Deutsche mit Auschwitz unmöglich geworden. Wir sind angewiesen auf eine andere Form nationaler Identitätssuche. Wenn wir stolz sein wollen auf Lessing, dann müssen wir uns auch schämen können für Auschwitz. Aber sind nicht zumindest wir Nachgeborenen ohne Schuld an Auschwitz? Der jüdische Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel sagte dazu treffend: Die deutsche Jugend ist zwar nicht verantwortlich für das, was geschah, aber sie ist verantwortlich für das Erinnern. Indirekt haben wir und die Gesellschaft, in der wir leben, mit Auschwitz sehr wohl zu tun. Und ich denke dabei nicht an die Eichmanns und Höß, sondern an die Mitläufer. Nicht an den SS-Offizier mit der Peitsche, sondern an den korrekten Verwaltungsbeamten, der die zahllosen Verordnungen zur Entmenslichung der Juden pünktlich ausführte. An den Kaufmann an der Ecke, der in die Wohnung

einzog, aus der eben sein jüdischer Nachbar deportiert worden war; auch dessen Hausrat erwarb er billig. Und an die Millionen, die zwar die Juden nicht hassten, von denen Elie Wiesel aber mit Recht sagt: Hitlers Hasstiraden gegen uns machten ihn bei seinen Landsleuten keineswegs unbeliebt. Ohne dieses Mitläufertum, diese Gleichgültigkeit gegen das Leiden der anderen, wäre die Vernichtung so vieler Menschen viel schwerer gewesen. Die alle historische Dimension übersteigenden Vernichtungsprogramme des nationalsozialistischen Deutschlands sind weder als „dunkles Kapitel der deutschen Geschichte“ abzutun, noch mit einem Gedenkstein, wie groß und graniten auch immer, zu „bewältigen“. Hier ist nur aktives, politisches Gedenken möglich. Die Tochter eines Widerstandskämpfers, die inzwischen zehn Jahre älter ist als ihr Vater am 20. Juli 1944, sagte jüngst auf einem Podium: „Als Kind habe ich oft mit dem Ausland gehadert, weil es unsere Väter im Stich gelassen hat – und man wusste dort ja, was hier geschah. Aber heute trifft dieser Vorwurf uns selbst: Wir wissen, dass wir die Dritte Welt durch Zinslasten zwingen, ihre Natur und ihre Zukunft auszuverkaufen. Wir wissen sogar vom Völkermord an den Indianern des Amazonas, aber wir lassen uns davon in unserer Konsumhaltung nicht stören.“

Diese Art der Berufung auf den Widerstand gegen Hitler führt zur Selbstverpflichtung auf eine Ethik, die im totalitären Polizeistaat lebensgefährlich, in einer demokratischen Gesellschaft noch unbequem genug ist: eine Ethik des Mitfühlens, Sich-mitschuldig-Fühlens und verantwortlichen Handelns.

Das Abgeordneten-Denkmal vor dem Reichstag:

Das Denkmal zur Erinnerung an 96 von den Nationalsozialisten ermordete Reichstagsabgeordnete erinnert seit 1992 an einen Teil der Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik, die zwischen der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 gewaltsam zu Tode kamen oder an den Folgen ihrer Inhaftierung starben. Eine offizielle Gedenkstätte für die vom NS-Regime verfolgten Abgeordneten befindet sich im Inneren des Reichstagsgebäudes.



Zum Beispiel:

Clara Bohm-Schuch, * 1879 in Stechow, Westhavelland; † 1936 in Berlin, war eine deutsche Politikerin der SPD. Nach dem Besuch der Dorfschule in Stechow absolvierte Clara Bohm die Handelsschule in Berlin. Anschließend arbeitete sie bis zu ihrer Hochzeit mit Willy Schuch 1906 als kaufmännische Korrespondentin. Sie engagierte sich in der Arbeiterwohlfahrt, schrieb Gedichte und Aufsätze und redete auf Kongressen und Versammlungen. Ein besonderes Anliegen war ihr die Bekämpfung der hohen Säuglingssterblichkeit in Deutschland; sie forderte die Einrichtung von Mütterberatungsstellen. Sie wirkte in Kinderschutzkommissionen mit und ermöglichte gemeinsam mit Emil Wutzky die Eröffnung des ersten Berliner Heims für die berufstätige Jugend. Während des Ersten Weltkriegs waren ihr die soziale Versorgung von Kindern erneut das wichtigste Anliegen. Von 1919 bis 1922 war sie Chefredakteurin der SPD-Frauenzeitschrift Die Gleichheit. Clara Schuch war 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und im parlamentarischen Untersuchungsausschuss für die Schuldfragen des Weltkriegs. Anschließend war sie bis 1933 Reichstagsabgeordnete. Als in der letzten SPD-Fraktionssitzung vor Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes der Reichsbannerchef und

Abgeordnete Karl Höltermann vorschlug, nicht an der Abstimmung teilzunehmen, weil er von Abgeordneten des Zentrums gewarnt worden sei, die SA werde die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mehr lebend aus der Krolloper lassen, sprach sie sich gemeinsam mit Louise Schroeder vehement gegen ein Fernbleiben aus. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde sie im August 1933 im Berliner Frauengefängnis in der Barnimstraße inhaftiert. Sie war zwar nur 15 Tage in Haft, war danach aber psychisch zerstört. Nach ihrer Freilassung musste sie sich regelmäßig bei der Polizei melden. Sie starb am 6. Mai 1936. Clara Schuch wurde am 12. Mai 1936 auf dem Friedhof Baumschulenweg in der Kiefholzstraße in Berlin-Baumschulenweg beigesetzt. Zur Trauerfeier erschienen 5.000 Menschen, was als stummer Protest gegen das NS-Regime gewertet wurde.

Mahnmal Sinti und Roma

Entgegen den Zerrbildern der NS-Propaganda waren Sinti und Roma vor der "Machtergreifung" in das gesellschaftliche Leben integriert. Schon mit Beginn der NS-Herrschaft wurde diese Normalität des



Zusammenlebens systematisch zerstört. Auf der Grundlage der nationalsozialistischen Rassenideologie wurden Sinti und Roma schrittweise entrechtet, ihrer Lebensgrundlage beraubt und schließlich in die Vernichtungslager deportiert. Ziel der vom NS-Staat organisierten Mordpolitik war die vollständige Vernichtung der Minderheit vom Säugling bis zum Greis. Nach Schätzungen fielen im nationalsozialistisch besetzten Europa 500.000 Sinti und Roma dem Holocaust zum Opfer.

Zum Beispiel:

Otto Rosenberg,* 1927 in Draugupönen, Ostpreussen, † 2001 in Berlin, war Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg. Otto Rosenberg wuchs in Berlin auf. Dort besuchte er auch die Volksschule. Zu den Olympischen Spielen 1936 wurde er mit anderen Berliner Sinti und Roma in das Zwangslager Berlin-Marzahn eingewiesen. Am 14. April 1943 wurden der 16-Jährige und seine Familie in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Ein Großteil seiner Familie wurde ermordet. Otto Rosenberg überlebte nicht nur Auschwitz, er überlebte auch die Lager Buchenwald, Dora und Bergen-Belsen. Otto Rosenberg ist Vater von vier Söhnen und drei Töchtern, darunter die Sängerin Marianne Rosenberg. Nach dem Ende des Nationalsozialismus zog Rosenberg nach Berlin und betätigte sich dort politisch.



Mahnmal Homosexuelle

Immer wieder taucht die Frage auf: Sind nur Schwule gemeint? Was ist mit den Lesben? Nach wie vor tun sich die deutsche Geschichtswissenschaft wie auch die Gedenkstätten schwer mit lesbischen Forschungsperspektiven: Sie werden nicht für relevant gehalten. Das wichtigste Argument der

Gegner des Gedenkens an die im NS verfolgten Lesben ist, dass Lesben eben nicht verfolgt wurden. Tatsächlich kriminalisierten die Paragraphen 175 und 175a nur die männliche Homosexualität. Zwar gab es Debatten darüber, auch die weibliche Homosexualität unter Strafe zu stellen. Weibliche Homosexualität blieb aber straflos, vor allem, weil Frauen kein eigenständiges sexuelles Begehren zugestanden wurde. Dennoch greift dieses Argument zu kurz, denn die vielfältigen Kontrollmechanismen gegenüber Frauen im familiären, rechtlichen, politischen und ökonomischen Bereich machten die Anwendung des Strafrechts überflüssig. Lesbische Frauen waren zudem in der



NS-Gesellschaft, die jedes sozial nonkonforme Verhalten sanktionierte, besonders auffällig und damit besonders gefährdet.

Zum Beispiel:

Ilse Totzke, geboren 1913: Sie bevorzugte Herrenkleidung und trug einen modischen Kurzhaarschnitt. Totzke wurde wiederholt als lesbisch denunziert, weil ihr Lebensstil den Normen der Gesellschaft widersprach. Im Jahr 1942 wurde Totzke bei dem Versuch verhaftet, mit einer jüdischen Freundin in die Schweiz zu fliehen. Sie wurde nach Ravensbrück deportiert und war dort bis April 1945 inhaftiert. Lesbische Frauen wurden in der NS-Zeit nicht durch ein spezifisches Gesetz bedroht, sondern durch Kombination vieler Faktoren. Sie waren massiv angewiesen auf die Duldung ihrer Umgebung und auf



funktionierende Netzwerke.

Vor allem waren sie gezwungen, sich möglichst unauffällig zu verhalten, also sexuelle und geschlechtliche Normalität zu performen. Dies galt nicht nur für die Situation lesbischer Frauen, sondern auch für die schwuler Männer.

Gedenkpolitik ist Politik. Es geht immer auch um die Anerkennung und Zugehörigkeit zu unserer eigenen Gesellschaft. Die Kämpfe darum, wer des Gedenkens wert ist und wer die Macht und das Recht hat, diese zu definieren, kennzeichnet die erinnerungspolitischen Debatten der ost- wie der westdeutschen Nachkriegszeit. Viele Tausende Frauen durchlebten die NS-Zeit in Angst, angewiesen auf die Duldung ihrer Umgebung und gezwungen, ihre Identität zu verbergen - weil sie andere Frauen liebten. Es mögen vielleicht Hunderte gewesen sein, die verhaftet und deportiert wurden, viele überlebten nicht. Sie alle verdienen ein würdiges Gedenken.

Holocaust - Mahnmal

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, kurz Holocaust-Mahnmal, erinnert an die rund 6 Millionen Juden, die unter der Herrschaft Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten ermordet worden sind. Das Mahnmal besteht aus 2711 Beton-Stelen. Die Stelen erinnern an Grabsteine bzw. an Sarkophage. Die graue Farbe der Stelen soll an die Asche der verbrannten Juden erinnern, die meistens in Gewässer oder in Gruben geworfen wurde. In der kaum merkblichen Neigung der Pfeiler und dem

scheinbar schwankenden Boden besteht die Möglichkeit, ein „Gefühl der Verunsicherung“ zu erzeugen. Nach mehreren kleineren Beschädigungen seit der Eröffnung wurden 2008 mehrere Säulen mit insgesamt elf Hakenkreuzen beschmiert.



Shahak Shapira stellte im Januar 2017 für eine Woche das Projekt Yolo-caust als kritische Reflexion über den alltäglichen Umgang mit dem Denkmal online. Hierzu kombinierte er im Internet verfügbare Selfies, die am Mahnmal geschossen wurden, mit historischen Fotos von Konzentrationslagern und Massengräbern. Das Projekt wurde medial stark rezipiert.



Bei der Präsentation äußerte Shapira laut rbb: „Dieses Projekt widme ich meinem Lieblings-Neonazi, Bernd Höcke.“ Der Vorsitzende der AfD Thüringen hatte zuvor eine weithin als nationalsozialistisch bewertete Rede in Dresden gehalten, bei der er das Holocaust-Mahnmal als ein „Denkmal der Schande“ bezeichnete.

Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche - Der Riss

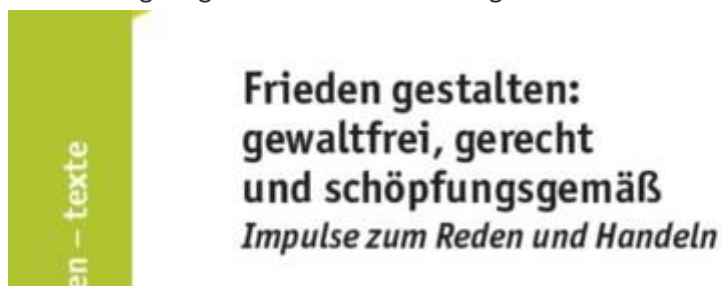
Die Gedächtniskirche ist seit dem 19. Dezember letzten Jahres einmal mehr zum Symbol des Erinnerns und Mahnens geworden: An diesem Tag wurden zwölf Menschen getötet und weit über fünfzig schwer und teilweise bleibend verletzt durch ein Attentat auf den Weihnachtsmarkt, verübt mit einem LKW, der in die Menge raste. Nördlich der Kirche soll ein künstlerisch gestalteter Ort des dauerhaften Gedenkens entstehen: Ein Riss wird sich quer über den Gehweg und die Stufen bis auf die Podiumsfläche der Kirche ziehen, sichtbar gemacht und zugleich zeichenhaft geschlossen mit einer goldfarbenen Metalllegierung. An den der Treppenstufen werden die Namen der lesen sein, die so plötzlich aus dem Leben wurden, darüber das Datum, an dem dies die verbindenden Worte, die es doch umso festzuhalten gilt: „Für ein friedliches aller Menschen.“ So erinnert der Sockel des Kirchenensembles, das mit seinem Ruinenturm so unverkennbar die Schrecken von Krieg und Gewalt im Bewusstsein hält und umso mehr zum Frieden ruft, nun auch an die Opfer dieser Gewalttat und nimmt sie in das Gedächtnis hinein, für das diese Kirche steht.



Stirnseiten
Menschen zu
gerissen
geschah, und
mehr
Miteinander

Friedenswort der Evangelisch-methodistischen Kirche

„Frieden gestalten: gewaltfrei, gerecht und schöpfungsgemäß. Impulse zum Reden und Handeln“ – so heißt das 2017 von der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) herausgegebene Friedenspapier. „Und noch eine Friedenserklärung“ mag so manche/r denken. Ja, die Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden (VDM) hat ihr „eigenes“ Friedenspapier im Dezember 2009 verabschiedet – warum also zu den „Methos“ schielen? Der Untertitel mag darauf hinweisen, warum das Friedenspapier der Methodisten so erwähnenswert ist: „Impulse zum Reden und Handeln“. Neben dem methodischen Dreischritt „Wahrnehmungen – Beurteilungen – Handlungsmöglichkeiten“ mit kritischen Anfragen an politisch Verantwortliche und Vorschläge zu kirchlichem Handeln finden sich „14 Thesen zum Gespräch“ am Ende des Hefts. Als Beispiel hier nun These 6: „Von Menschen verursachte Hungersnot, menschenunwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen und Missachtung der Menschenrechte sind nicht hinnehmbar und eine Verletzung der Ehre Gottes. Kirche muss von der Politik eine weltweit nachhaltige Entwicklung einfordern und ihr dabei Partnerin, Impulsgeberin und kritisches Gegenüber sein.“ Passend dazu findet mensch unter „3.6.3 Handlungsmöglichkeiten“: „Ein wirksamer Kampf gegen Hunger, Armut und Ausbeutung braucht die Stärkung der betroffenen Zivilbevölkerung und einen Bewusstseinswandel bei uns. Die Kluft zwischen Arm und Reich kann wohl nur dadurch vermindert werden, dass die Ansprüche in den Industrienationen zurückgeschraubt werden, das Konsumverhalten kritisch überprüft, eingeschränkt und der Ressourcentransfer von Nord nach Süd... verstärkt wird“. Stoff genug für Auseinandersetzungen z.B. in Gemeindegruppen ...



Als der zweijährige Diskussionsprozess in den VDM-Gemeinden und den damaligen Teilmitgliedsgemeinden (2017 ist die Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen von der VDM auf die Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden übergegangen) in die Verabschiedung der Friedenserklärung „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ mündete, war damit ein großer und wichtiger Schritt getan. Acht Jahre später wäre es m.E. an der Zeit, sich dem damals doch arg zusammengekürzten Teil B („Handlungsfelder eines gerechten Friedens“) zu widmen. Vielleicht kann das Papier der EmK dabei helfen, einen (neuen) Prozess anzustoßen?

(Das Heft kann als PDF unter www.emk-gfs.de kostenlos heruntergeladen werden)



... übrigens ...



... ist das Mennonitische Friedenszentrum seit Herbst ziemlich aktiv auf seiner Facebook-Seite: Aktuelle Dinge werden dort zeitnah gepostet und können abgerufen werden.



... erscheint in der kommenden „Brücke“ im Supplement ein Bericht über die gemeinsame Herbsttagung von DMFK und MFB im November dieses Jahres – Autor ist der Geschäftsführer des DMFK, Dr. James Jakob Fehr.



... wurde der langjährige Sprecher des Beirats des MFB, Jan Lünen Schmid, Pastor der Nordwestdeutschen Gemeinden, am Ende der Herbsttagung verabschiedet – zum Glück aber „nur“ aus der Sprecherfunktion, er bleibt also dem MFB erhalten! Es ist geplant, seine/n Nachfolger/in Anfang 2018 zu benennen.



... kann die PPT (Powerpoint-Präsentation) des Vortrags von Dr. Roland Löffler während der Herbsttagung 2017 beim MFB angefordert werden.



... wird die Herbsttagung 2018 die „Sustainable Development Goals“ (SDG) zum Thema haben also die Inhalte des UNO-Transformationsprogramms Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Beirat des Mennonitischen Friedenszentrums Berlin:

Jan Lüken Schmid (Sprecher), Emden

(Nordwestdeutsche Konferenz)

Prof. Dr. Fernando Enns , Amsterdam/Hamburg

(Gemeinde Hamburg)

Maria Nickel-Froese,

Delmenhorst

(Gemeinde Hamburg)

Volker Haury , Ludwigsburg

(Gemeinde Stuttgart)

Christiane Jantzen (Kassenführung), Berlin

(Gemeinde Berlin)

Sandra Janzen, Neuwied

(Gemeinde Neuwied)

Sigrun Landes-Brenner, Berlin

(Gemeinde Berlin)

Isabell Mans, Hamburg

(Gemeinde Hamburg und

Lübeck)

Gwendolyn Tilling,

Hamburg (für den

Vorstand der VDM)

N. N. (MJN)

Kassenführung:

Christiane Jantzen,

030 - 440 385 22

christiane.jantzen@t-online.de

Spenden- und Förderkonto:

Stichwort: VDM - MFB

KD-Bank Dortmund

BIC: GENODED1DKD

IBAN: DE62350601901554054028